

Einstimmig für Ausbaubeiträge

Nach zwei Jahren der Ablehnung beschließt der Gemeinderat die vom Landratsamt geforderte Satzung

GLASHÜTTEN
Von Dieter Jenß

Der Gemeinderat hat am Montag einstimmig die Satzung für Straßenausbaubeiträge beschlossen (SABS). Zu dem lange verzögerten Beschluss gab es laute Begleitmusik: Bürgermeister Werner Kaniewski kritisierte das Landratsamt und die Abgeordneten des Bayerischen Landtags heftig. Er stimmte mit geballter Faust und geöffnetem Messer in Tasche ab, machte der Bürgermeister seinem Unmut Luft.

Die Entscheidung setzt in der Gemeinde den vorläufigen Schlusspunkt unter das Reizthema Straßenausbaubeiträge. Es hatte in den vergangenen zwei Jahren stets Empörung ausgelöst. Aus dem Gemeinderat gab es schwere Vorwürfe gegen Landrat Hermann Hübner in Bayreuth und die Staatsregierung in München.

Vorläufig bleibt der Schlusspunkt deshalb, weil der stellvertretende Bürgermeister Hartmut Wagner von der AFW forderte, weiter zu verfolgen, wie sich der juristische Streit um Straßenausbaubeiträge entwickelt. Eine höchstrichterliche Entscheidung sollte angestrebt werden.

„Das ganze Theater ist eine Gossen-Posse“, so Wagner. Bekanntlich mündete die zweijährige Auseinandersetzung mit dem Landratsamt in der Aussage von Wagner vor Weihnachten: „Es wäre ein Segen für den Landkreis, wenn Landrat Hermann Hübner zurücktreten würde.“ Das war der bisherige Höhepunkt. Der Groll blieb, auch wenn sich die bessere Einsicht durchsetzte. So zog Bürgermeister Kaniewski erneut vom Leder, während er das Regelwerk vorstellte.

Der Rat hatte sich danach für einmalige Ausbaubeiträge entschieden. Die dafür beschlossene Satzung entspricht den Grundzügen der Mustersatzung des Bayerischen Gemeindetages. Wichtiger Eckpfeiler der „bürgerfreundlichen Satzung“ ist nach Kaniewski der in Paragraph 6 geregelte Gemeindeanteil, der gegenüber der Mustersatzung von 20 auf 35 Prozent erhöht wurde und ausdrückt, in wel-

cher Höhe sich die Kommune an dem beitragspflichtigen Aufwand beteiligt. In Kraft treten wird die Satzung zum 1. März 2017.

„Leider gibt die Rechtsprechung einen höheren kommunalen Anteil nicht her“, so der Bürgermeister. Damit war zum Inhalt der SABS alles gesagt.

Nicht allerdings zu der aus Kaniewskis Sicht alles andere als befriedigenden Situation. Für rund 40 Jahre

habe die SABS keinen Menschen interessiert, grollte der Bürgermeister. Anfang 2015 habe das Landratsamt als Rechtsaufsichtsbehörde damit begonnen, Druck aufzubauen, habe gedroht und versucht, die Gemeinden zum Erlasse zu zwingen. Kaniewski: „Wir haben nichts unversucht gelassen, um dies zu verhindern. Leider sind unsere Gegenbemühungen nicht vom Erfolg gekrönt worden.“ Bevor jedoch das Landratsamt mit einer Ersatzvornahme Fakten schaffe, habe der Rat die Satzung beschlossen, die er eigentlich gar nicht wolle. Er hoffe, dass der Rat die Satzung nie anwenden müsse.

Kaniewski weiter: „Ich bin maßlos enttäuscht von unserem Landratsamt.“ In den vergangenen beiden Jahren sei das Vertrauen in die Aufsichtsbehörde zerstört worden. Ein Vertrauen, das der jetzige Altlandrat Klaus-Günter Dietel über Jahrzehnte hinweg aufgebaut habe. Noch schlimmer sei das Verhalten der Abgeordneten im Bayerischen Landtag, die auf den Zug aufgesprungen sind. Letztlich haben die Abgeordneten rein gar nichts für ihre Kommunen gemacht.

Kaniewski gab dem Mistelgauer SPD-Gemeinderat Hans Sturm recht, der jüngst äußerte, „der Bürger ist nicht ganz wehrlos gegen diese Willkür der Regierenden. Die Bürger sollten bei der nächsten Wahl keine der im Landtag vertretenen Parteien wählen, die alle nicht bereit sind, diese ungerechte Satzung zu streichen“. Zustimmung erhielt Kaniewski durch stellvertretenden Bürgermeister Bruno Heider von der CSU. Er zeigte sich enttäuscht darüber, dass sich die Landtagsabgeordneten entgegen der Basis entschieden hätten. Für ihn widerspreche die SABS der Verfassung der Bundesrepublik.



Das Bild zeigt die Alte Bayreuther Straße, eine Ortsstraße, die von der SABS betroffen wäre, in Höhe der Apotheke.

Foto: Dieter Jenß

RÜCKBLICK

Der Gemeinderat von Glashütten machte zwei Jahre lang Front gegen Straßenausbaubeiträge. Die Rechtsaufsicht hatte eine Frist bis zum 31. Dezember 2016 gesetzt, um eine entsprechende Satzung als Rechtsgrundlage zu beschließen. In ihrer Ablehnung schlossen sich die Glashüttener Gemeinderäte mit ihren

Nachbarn in Mistelgau zusammen und beteiligten sich an einer Solidaritätsaktion mit knapp 500 von rund 2000 Gemeinden in Bayern, die keine SABS hatten. Mut machte auch die Initiative der „Allianz gegen Straßenausbeitrag in Bayern“, Kopf der in Bayern vernetzten Bürgerinitiativen gegen die SABS. dj